

Sitzungsniederschrift

16. Sitzung des Kreistages

Sitzungsort: Stadthalle Aurich, Bürgermeister-Anklam-Platz, 26603 Aurich		
Sitzungsdatum: 17.06.2024	Sitzungsbeginn: 15:03 Uhr	Sitzungsende: 19:07 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion / Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Behrends, Kuno	SPD	
Mitglieder		
Albrecht, Hinrich	SPD	
Altmann, Gila	GRÜNE	Fraktionsvorsitzende GRÜNE
Bargmann, Bodo	CDU/FDP	
Bathmann, Harald	SPD	
Behrens, Sven	CDU/FDP	Fraktionsvorsitzender CDU/ Gruppenvorsitzender CDU/FDP
Bents, Kay	GRÜNE	anwesend bis einschließlich TOP 40
Biller, Anita	SPD	
Buss, Sarah	CDU/FDP	Fraktionsvorsitzende FDP anwesend bis einschließlich TOP 16
de Buhr, Jürgen	SPD	
de Vries, Kevin	SPD	
Emkes, Helmut	CDU/FDP	anwesend bis einschließlich TOP 29
Ennen, Jann	CDU/FDP	anwesend bis einschließlich TOP 16
Fohrden, Siebelt	CDU/FDP	anwesend bis einschließlich TOP 29
Forster, Hans	SPD	anwesend bis einschließlich TOP 11
Gerdes, Hilko	CDU/FDP	Stv. Landrat anwesend bis einschließlich TOP 29
Gerpen, Dorothea van	SPD	anwesend bis einschließlich TOP 11
Gossel, Arnold	CDU/FDP	anwesend bis einschließlich TOP 14
Harm-Rehrmann, Angela	SPD	

16. Sitzung des Kreistages

Harms, Antje	SPD	Stv. Landrätin
Harms, Uwe	CDU/FDP	anwesend bis einschließlich TOP 29
Ihmels, Beate	SPD	anwesend bis einschließlich TOP 19
Jacobsen, Alfred	SPD	
Jelken, Friedhelm	CDU/FDP	anwesend bis einschließlich TOP 19
Kleen, Johannes	SPD	Fraktionsvorsitzender SPD
Krüger, Detlev	FW im LK Aurich	
Krüsmann, Enno	SPD	anwesend bis einschließlich TOP 28
Looden, Jan	AfD	Fraktionsvorsitzender AfD
Meinen, Olaf		Landrat
Meyerholz, Hans-Gerd	FW im LK Aurich	
Odens, Roelf	CDU/FDP	
Ott, Gunnar	GRÜNE	Fraktionsvorsitzender GRÜNE
Reinders, Hermann	CDU/FDP	anwesend bis einschließlich TOP 19
Reinken, Wilhelm	FW im LK Aurich	anwesend bis einschließlich TOP 19
Saathoff, Georg	SPD	
Saathoff, Johann	SPD	anwesend bis einschließlich TOP 29
Schiffmann, Fabian	SPD	
Seeberg, Timo	SPD	
Stange, Axel	SPD	anwesend bis einschließlich TOP 16
Stauß, Detlef	AfD	
Stegemann, Regina	GRÜNE	
Stöhr, Uwe	SPD	
Tammen, Harald	CDU/FDP	
Tjaden, Hinrich	CDU/FDP	anwesend bis einschließlich TOP 19
Trauernicht, Hinrich	SPD	anwesend bis einschließlich TOP 19
Trauernicht, Matthias	FW im LK Aurich	anwesend bis einschließlich TOP 16
Ubben, Heinrich	FW im LK Aurich	anwesend bis einschließlich TOP 25
Ubben, Hilde	FW im LK Aurich	Fraktionsvorsitzende FW im LK Aurich
Weilage, Udo	CDU/FDP	
Wienbecker, Johann	FW im LK Aurich	
Wimberg, Theo	SPD	
Wittmer-Kruse, Olaf	GRÜNE	anwesend bis einschließlich TOP 30



Verwaltung

Adam, Lennart	stellv. Pressesprecher
Ahten, Eiko	Baudezernent
Balster, Dirk	Geschäftsführer Trägergesellschaft
Berndt, Dr. Arne	WMC HEALTHCARE GmbH
Bontjer-Klöker, Christel	Amtsleitung Innerer Dienst
Epple, Andreas	Projektleiter Zentralklinikum
Flohr, Dagmar	Kreisrätin
Goldenstein, Heiko	Krankenhausdirektor UEK
Hanekamp, Nicole	Kämmerin
Jelden, Frauke	Gleichstellungsbeauftragte
Müller-Gummels, Rainer	Pressesprecher
Puchert, Dr. Frank	Erster Kreisrat
Schoone, Vera	Kommunalaufsicht
Smolinski, Sebastian	Kreisrat
Wessels, Laura	Kommunalaufsicht/Protokollführerin

Nicht anwesend:

Mitglieder

Albers, Angelika	GRÜNE
Buschmann, Saskia	CDU/FDP
Kleinert, Ingeborg	SPD
Schoone, Friede	SPD
Seelgen, Blanka	DIE LINKE.
Siebels, Wiard	SPD
Weiss, Edgar	FW im LK Aurich

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der öffentlichen Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil - vom 07.03.2024

5.	Einwohnerfragestunde
5.1.	Schließung Café & Bistro Heimathafen in Hage
5.2.	Erhebung der Betreuungsentgelte in der Kindertagespflege
6.	Umbesetzung von verschiedenen Ausschüssen und kreiseigenen Gremien Vorlage: X/2024/075
7.	Beschlussfassung über das Projekt Zentralklinikum Vorlage: X/2024/106
8.	Einrichtung einer interfraktionellen Arbeitsgruppe zum Thema Extremismus Vorlage: X/2024/107
9.	Ubbo-Emmius-Klinik - Ostfriesisches Krankenhaus – Vermögensverwaltung: Beratung und Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2023 Vorlage: X/2024/049
10.	Pflege- und Betreuungszentren - Vermögensverwaltung- des Landkreises Aurich; Beratung und Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2023 Vorlage: X/2024/103
11.	Zahlung Verlustausgleich Pflege- und Betreuungszentren GmbH Vorlage: X/2024/091
12.	Ubbo-Emmius-Klinik - Ostfriesisches Krankenhaus - Vermögensverwaltung: Beratung und Beschlussfassung zur Änderung des Wirtschaftsplans 2024 Vorlage: X/2024/104
13.	2. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024 Vorlage: X/2024/099
14.	Verkauf der Stammanteile an der Ostfriesland Tourismus GmbH (OTG) der Stadt Wilhelmshaven an die verbleibenden Gesellschafter der OTG Vorlage: X/2024/094
15.	Verkauf der Liegenschaft des Eigenbetriebes KVHS Aurich-Norden „Zum Galgentief 9, 26506 Norden“ Vorlage: X/2024/101
16.	Jahresabschluss 2022 des Eigenbetriebes Kreisvolkshochschule Aurich- Norden Vorlage: X/2024/100
17.	Schulentwicklungsplanung für den Landkreis Aurich Vorlage: X/2024/026
18.	Beschluss über die Neufassung der Satzung zur Kindertagespflege gem. § 23 und 24 SGB VIII Vorlage: X/2024/083
19.	Beschluss über die Neufassung der Satzung über die Erhebung von Betreuungsentgelten in der Kindertagespflege Vorlage: X/2024/084
20.	Mittel zur Förderung des Katastrophenschutzes bei den Hilfsorganisationen Vorlage: X/2024/056
21.	Schulbegleitung im Landkreis Aurich; Verstetigung des Pool- bzw. Budgetmodell Vorlage: X/2024/076



-
22. Antrag der FW im Landkreis Aurich - Fortführung des Poolmodells Schulbegleitung
Vorlage: X-AF/2024/019
-
23. Allgemeine Vorschrift im Sinne von Art. 3 Abs. 2 der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Landkreises Aurich über die Festsetzung des Deutschlandtickets als Höchsttarif im öffentlichen Personennahverkehr ab dem 01.07.2024
Vorlage: X/2024/108
-
24. Festsetzung des Nachfolgebauprogramms für Radwege an Kreisstraßen
Vorlage: X/2024/073
-
25. Stipendienprogramm für Medizinstudierende: Beratung und Beschlussfassung über die Erweiterung der Förderung für Medizinstudierende im praktischen Jahr Allgemeinmedizin
Vorlage: X/2024/048
-
26. Antrag der Fraktion FW im Landkreis Aurich vom 13.03.2024; Benennung eines weiteren hinzugewählten Mitgliedes mit beratender Stimme im Ausschuss
Vorlage: X-AF/2024/017
-
27. Antrag der Freien Wähler vom 19.03.2024: Starker Anstieg der Straftaten an Schulen – Welche Erkenntnisse liegen für den Landkreis Aurich vor?
Vorlage: X-AF/2024/023
-
28. Appell der SPD-Fraktion vom 03.06.2024; Situation der Rettungssanitäter
Vorlage: X-AF/2024/026
-
29. Beschaffung von Wildkameras zum Monitoring bei Wolfsrissen und verstärkte Unterstützung der Betroffenen; Antrag der Fraktion FW im Landkreis Aurich vom 31.05.2024
Vorlage: X-AF/2024/022
-
30. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.06.2024; Öffentliche Debatte zur Schließung des Heimathafens
Vorlage: X-AF/2024/024
-
31. Gleichstellungsplan 2024 - 2026
Vorlage: X-MV/2024/021
-
32. Prolongation eines Kommunalkredites bei der KfW Bankengruppe i. H. v. ursprünglich 4.285.450,00 Euro
Vorlage: X-MV/2024/012
-
33. Anschlussfinanzierung für einen Kommunalkredit des Landkreises Aurich i. H. v. ursprünglich 2.556.459,41 €
Vorlage: X-MV/2024/013
-
34. Aufnahme eines Kommunalkredits für den Landkreis Aurich i. H. v. 17.360.000 €
Vorlage: X-MV/2024/014
-
35. Anschlussfinanzierung für einen Kommunalkredit des Landkreises Aurich i. H. v. ursprünglich 6.000.000 €
Vorlage: X-MV/2024/015
-
36. Aufnahme eines Kommunalkredits i. H. v. 6.479.000 € für den Eigenbetrieb Breitbandnetz Landkreis Aurich
Vorlage: X-MV/2024/016
-
37. Prolongation eines Kommunalkredits für den Eigenbetrieb „Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Aurich“ i. H. v. ursprünglich 875.000 €
-

	Vorlage: X-MV/2024/018
38.	Bekanntgabe von Eilentscheidungen im Kreistag am 17.06.2024 Vorlage: X-Eil/2024/006
39.	Bericht des Landrates
39.1.	Austritt Abg. Bents aus Fraktion
40.	Verschiedenes, Wünsche und Anregungen
40.1.	Soziale Ausgaben
40.2.	Buch über die Corona-Zeit
41.	Einwohnerfragestunde
41.1.	Umgang mit dem Wolf
42.	Schließung der öffentlichen Sitzung

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung der öffentlichen Sitzung

Vorsitzender Behrends eröffnete um 15:03 Uhr die öffentliche Sitzung.

**TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der
Beschlussfähigkeit**

Die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Vorsitzender Behrends verkündete, dass der Tagesordnungspunkt 27 *Antrag der Freien Wähler vom 19.03.2024: Starker Anstieg der Straftaten an Schulen – Welche Erkenntnisse liegen für den Landkreis Aurich vor?* seitens der Fraktion zurückgezogen worden sei und folglich abgesetzt werde.

Abg. M. Trauernicht erklärte, dass der Tagesordnungspunkt 26 *Antrag der Fraktion FW im Landkreis Aurich vom 13.03.2024; Benennung eines weiteren hinzugewählten Mitgliedes mit beratender Stimme im Ausschuss* ebenfalls seitens der Fraktion zurückgezogen wurde und eine Beschlussfassung somit nicht mehr notwendig sei.

Abg. Meyerholz beantragte die Absetzung des Tagesordnungspunktes 9 *Ubbo-Emmius-Klinik - Ostfriesisches Krankenhaus – Vermögensverwaltung: Beratung und Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2023*, des Tagesordnungspunktes 10 *Pflege- und Betreuungszentren - Vermögensverwaltung- des Landkreises Aurich; Beratung und Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2023* sowie des Tagesordnungspunktes 11 *Zahlung Verlustausgleich Pflege- und Betreuungszentren GmbH*, da diese zunächst im Beirat PBZ thematisiert werden sollten.

Abg. Altmann pflichtete dem bei und verlangte ebenfalls eine vorgelagerte Beratung im Beirat der PBZ.



Erster Kreisrat Dr. Puchert erklärte, die Entscheidung werde grundsätzlich auf Empfehlung des Beirates getroffen. Es sei jedoch Konsens gewesen, die letzte Beiratssitzung aufgrund der fortgeschrittenen Zeit nicht weiterzuführen. Daher seien auch die Empfehlungsbeschlüsse hinsichtlich der Tagesordnungspunkte 10 und 11 nicht mehr gefasst worden. Beschlüsse des Kreistages über den Jahresabschluss 2023 der PBZ sowie über den Verlustausgleich seien jedoch unabhängig davon möglich. Die Beratungen sollen in der nächsten Sitzung des Beirates PBZ nachgeholt werden. Ferner sei zu bedenken, dass der Verlustausgleich bereits im Haushaltsplan 2024 des Landkreises Aurich berücksichtigt worden sei. Der Jahresabschluss 2023 der Ubbo-Emmius-Klinik unter dem Tagesordnungspunkt 9 sei bereits im zuständigen Ausschuss empfohlen worden.

Abg. Heinrich Ubben stellte den Antrag, die Tagesordnungspunkte 21 *Schulbegleitung im Landkreis Aurich; Verstetigung des Pool- bzw. Budgetmodell* sowie 22 *Antrag der FW im Landkreis Aurich - Fortführung des Poolmodells Schulbegleitung* zusammen zu beraten und abschließend über die Beschlussvorlage der Verwaltung zu entscheiden.

Sodann fasste der Kreistag folgende Beschlüsse:

Die Tagesordnungspunkte 9 *Ubbo-Emmius-Klinik - Ostfriesisches Krankenhaus – Vermögensverwaltung: Beratung und Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2023* sowie 10 *Pflege- und Betreuungszentren - Vermögensverwaltung- des Landkreises Aurich; Beratung und Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2023* und 11 *Zahlung Verlustausgleich Pflege- und Betreuungszentren GmbH* werden abgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 39 Enthaltungen: 1

➔ **mehrheitlich abgelehnt**

Die Tagesordnungspunkte 21 *Schulbegleitung im Landkreis Aurich; Verstetigung des Pool- bzw. Budgetmodell* sowie 22 *Antrag der FW im Landkreis Aurich - Fortführung des Poolmodells Schulbegleitung* werden zusammen beraten und abschließend wird über die Beschlussvorlage der Verwaltung entschieden.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 52 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

➔ **einstimmig beschlossen**

Die Tagesordnung wird in geänderter Form festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 52 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

➔ **einstimmig beschlossen**

–

Die Niederschrift – öffentlicher Teil – vom 07.03.2024 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 50 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 2

➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 5 Einwohnerfragestunde

TOP 5.1 Schließung Café & Bistro Heimathafen in Hage

Ein Einwohner aus Hage fragte, anlässlich der Schließung des Cafés & Bistros Heimathafen, was veranlasst worden sei, als erste wirtschaftliche Probleme bekannt wurden, welchen Anteil die Abschreibungen am Fehlbetrag hätten, was mit dem Personal geschehe und wann die Samtgemeinde Hage über die Zustände informiert worden sei.

Erster Kreisrat Dr. Puchert entgegnete, dass durchgängig ein Austausch mit der Samtgemeinde Hage stattgefunden hätte, sodass der Samtgemeindebürgermeister immer informiert gewesen sei. Es seien alle Alternativen zur Schließung der Einrichtung geprüft worden. Das Personal sei frühzeitig in das Verfahren eingebunden worden. Erster Kreisrat Dr. Puchert merkte an, dass der öffentliche Diskurs sowie Diskussionen mit Gästen oftmals belastend und schwierig für die Betroffenen seien. Der Abschreibungswert sei ihm kurzfristig nicht bekannt. Weiter führte der Erste Kreisrat Dr. Puchert aus, dass es keine Kündigungen geben würde, da die Betroffenen z. B. in andere Einrichtungen umgesetzt werden würden oder befristete Arbeitsverhältnisse nicht verlängert werden würden. Erst durch die Aufarbeitung der letzten Monate sei bekannt geworden, dass keine Möglichkeit zur Aufrechterhaltung des Betriebes bestehe, trotz aller Mühen der Geschäftsführung.

TOP 5.2 Erhebung der Betreuungsentgelte in der Kindertagespflege

Ein Einwohner aus Aurich erfragte, ob garantiert werden könne, dass der Mittelwert von allen Kommunen herangezogen worden sei und verlangte die Bereitstellung der Berechnungsgrundlage für die Krippengebühr.

Landrat Meinen erklärte, dass die Gestaltung der künftigen Erhebung von Betreuungsentgelten in Zusammenarbeit mit allen kreisangehörigen Kommunen im Rahmen einer Arbeitsgruppe ein langer Prozess gewesen sei. Ziel sei es gewesen, eine einheitliche Krippengebühr für den Landkreis Aurich zu entwickeln. Besonders schwierig sei hierbei gewesen, dass die Gebührenstrukturen bei den einzelnen Kommunen sehr unterschiedlich seien. Die Satzungshoheit für die Gebührenerhebung für die Krippen und Horte liege bei den kreisangehörigen Kommunen, wohingegen die Hoheit für die einheitliche Erhebung der Betreuungsentgelte in der Kindertagespflege beim Landkreis liege.

Erster Kreisrat Dr. Puchert erklärte, dass die Kalkulation ein hochkomplexes Unterfangen gewesen sei, da zahlreiche Einzelfälle zu betrachten gewesen wären. Er bot interessierten Bürgern/Bürgerinnen die Möglichkeit an, dass die zuständige Sachbearbeiterin im Amt für Jugend und Soziales Frau Hoofdmann die Berechnungsgrundlage im Rahmen eines Gesprächstermins erläutern könne.

Ein weiterer Einwohner aus Aurich erkundigte sich, ob mit den Kindertagesstätten im Vorfeld gesprochen worden sei. Zudem wollte er wissen, wieso die Hortgebühren angepasst würden, wenn ab 2026 ein Ganztagsangebot verpflichtend werde.

Erster Kreisrat Dr. Puchert entgegnete, dass nicht der Eindruck erweckt werden solle, dass über die betroffenen Kommunen hinweg entschieden werde. Die Räte der kreisangehörigen Kommunen seien für die Krippen- und Hortgebühren zuständig, der Landkreis entscheide lediglich über die Gebühren der Kindertagespflege. Demnach müsse der Austausch mit den Kitas über die Kommunen und nicht durch den Landkreis erfolgen.

Eine Einwohnerin berichtete, dass seitens der Stadt Aurich darauf hingewiesen worden sei, dass die Kreisverwaltung die erforderlichen Auskünfte zur geplanten Umstrukturierung der Gebührenerhebung der Krippen und Horte beantworten könne und erfragte eine Plattform, die die Thematik ausreichend beleuchten würde.

Landrat Meinen erinnerte an die Diskussion über die Trägerschaft der Kindertagesstätten in der Vergangenheit und die Entscheidung, dass diese weiterhin von den kreisangehörigen Kommunen geführt werde und verwies erneut auf die bereits erläuterten Zuständigkeiten der unterschiedlichen Gebietskörperschaften. Hierdurch hätte die Kreisverwaltung keine Berechtigung, mit den Einrichtungen über den Kopf der kreisangehörigen Kommunen hinweg über die Erhebung der Gebühren zu kommunizieren. Abschließend stellte er da, dass die Qualitätsansprüche an die Einrichtungen hoch seien und einheitliche Gebühren einen unstrittigen Mehrwert hätten.

—

TOP 6 **Umbesetzung von verschiedenen Ausschüssen und kreiseigenen Gremien**
Vorlage: X/2024/075

Beschluss:

Es werden folgende Umbesetzungen von Gremien vorgenommen:

Kreisausschuss:

Frau Ingeborg Kleinert scheidet aus, neues Mitglied wird Herr Hinrich Albrecht.
Herr Hans Forster scheidet aus, neues Mitglied wird Herr Theo Wimberg.

Ausschuss für Gesundheit und Pflege, Beirat PBZ und MVZ:

Frau Ingeborg Kleinert gibt den Vorsitz an Herrn Kuno Behrends ab.
Herr Kuno Behrends gibt den stellvertretenden Vorsitz an Herrn Theo Wimberg ab.

Betriebsausschuss Rettungsdienst:

Frau Ingeborg Kleinert gibt den Vorsitz an Herrn Kuno Behrends ab.



Herr Kuno Behrends gibt den stellvertretenden Vorsitz an Frau Antje Harms ab.
Herr Kuno Behrends wird ordentliches Mitglied, Frau Ingeborg Kleinert wird stellvertretendes Mitglied.

Jugendhilfeausschuss:

Herr Kuno Behrends gibt den Vorsitz an Herrn Kevin de Vries ab.
Frau Ingeborg Kleinert gibt den stellvertretenden Vorsitz an Herrn Kuno Behrends ab.

Beratendes Mitglied für die Vertretung des jugendärztlichen Dienstes im Jugendhilfeausschuss wird Herr Toni Schachenmayer, Amt für Gesundheitswesen.
Stellvertretendes Mitglied wird Frau Alexandra Engel, Amt für Gesundheitswesen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 49 Nein-Stimmen: 1 Enthaltungen: 2
➔ **mehrheitlich beschlossen**

TOP 7 Beschlussfassung über das Projekt Zentralklinikum
Vorlage: X/2024/106

Landrat Meinen erklärte, dass heute die finale Entscheidung zur Umsetzung des Projekts Zentralklinik gefasst werden solle. Der Stadtrat Emden hätte bereits mit großer Mehrheit das Projekt beschlossen. Die Idee zu dem Zentralklinikum sei 2013 aus der Ärzteschaft entstanden und böte eine große Chance für die Region mit Blick in die Zukunft. Er bedankte sich bei allen, die das Projekt die letzten 11 Jahre unterstützt hätten.

Geschäftsführer der Trägergesellschaft Kliniken Aurich-Emden-Norden Balster gab an, dass seit den 18 Monaten, die er im Amt sei, die drei Häuser intensiv betrachtet worden seien. Dadurch seien frühzeitig strategische Entscheidungen getroffen worden wie z. B. die Umwandlung der Klinik Norden in ein regionales Gesundheitszentrum. Hierbei merkte er an, dass die bestehenden Kliniken Aurich und Emden stetig weiterentwickelt und Investitionen sowie Reinvestitionen getätigt werden würden bis die Zentralklinik verwirklicht sei. Zudem ging er auf die finanziellen sowie personellen Herausforderungen des Projektes ein. Er hob die Bedeutung der Zentralklinik für die Versorgung der Region und der Bevölkerung hervor, besonders im Hinblick auf die Krankenhausreform des Bundes, dessen Regelungen bislang nicht abschließend absehbar seien. Hinsichtlich der zu erwartenden Wirtschaftlichkeit des Großprojektes verwies er auf die nachfolgende Präsentation von Dr. Berndt von der Beratungsfirma WMC HEALTHCARE GmbH aus München.

Dr. Berndt von der Beratungsfirma WMC HEALTHCARE GmbH stellte die erwartete Wirtschaftlichkeit des Neubaus der geplanten Zentralklinik anhand einer PowerPoint-Präsentation vor und beantwortete einzelne Rückfragen der Abgeordneten.

(Hinweis: Die PowerPoint-Präsentation ist der Niederschrift angehängt.)

Abg. Kleen hob die Bedeutung der Entscheidung für den Landkreis Aurich hervor und appellierte an die restlichen Mitglieder des Kreistages, an einem Strang zu ziehen. Der Rat der Stadt Emden hätte bereits den Beschluss gefasst. Wichtig für die Zentralklinik und die Region seien viele junge und motivierte Ärzte sowie weiteres Fachpersonal. Weiter merkte er an, dass der Landkreis Aurich trotz anhaltender Kritik auf dem richtigen Weg sei, besonders, wenn man den Bundestrend betrachte. Mit der Errichtung der Zentralklinik sei der Landkreis Aurich der Zeit voraus. Zuletzt bedankte er sich bei Herrn Balster sowie seinem Team und sicherte ihm das Vertrauen der SPD-Fraktion zu.

Abg. Hilde Ubben drückte ebenfalls die Unterstützung ihrer Fraktion aus. Herr Balster mache einen sehr guten Job, auch wenn ihm Steine in den Weg gelegt werden würden. Auch wenn die Fraktion Freie Wählergemeinschaft zu Beginn gegen das Projekt Zentralklinik gewesen sei, müsse jetzt die Mehrheitsmeinung akzeptiert werden und nicht mehr über das Ob, sondern über das Wie gesprochen werden. Die bestehenden Krankenhäuser müssten zudem weiterhin bestmöglich betrieben werden, bis die Zentralklinik fertiggestellt sei. Das Wichtigste sei, dass sich das Personal und die Patienten wohlfühlen. Dennoch empfinde sie den Standort Aurich weiterhin als geeigneter. Abschließend sprach sie sich für mehr Transparenz hinsichtlich der Thematik auch gegenüber der Presse aus.

Weiter unterstützte **Abg. Behrens** ebenfalls die Entscheidung für die Zentralklinik. Dennoch kritisierte er, dass das Verfahren bis zur Übergabe des ersten Förderbescheids des Landes Niedersachsen zu lange gedauert habe. Die Zentralklinik sei ein emotionales Thema im Landkreis Aurich sowie in der Stadt Emden und die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger sowie des medizinischen Personals müssten ernstgenommen werden. Umso wichtiger sei daher, dass die Debatte besonnener geführt und mit mehr Fingerspitzengefühl agiert werde. Die Berufung von Herrn Balster zum Geschäftsführer sei die richtige Entscheidung gewesen. Dieser werde die Situation sukzessiv verbessern und die große Aufgabe des Projektes meistern. Für die Verwirklichung der Chance auf eine bestmögliche medizinische Versorgung und Qualität investiere die Stadt Emden und der Landkreis Aurich zusammen insgesamt 150 Millionen Euro als Eigenanteil für die Errichtung der Zentralklinik. Des Weiteren kritisierte **Abg. Behrens** die Berichterstattung in der Presse, welche häufig zu negativ sei und die Bevölkerung ungerechtfertigt verunsichern würde. Er appellierte zudem, dass zur Schaffung von mehr Transparenz ein neues Kommunikationsformat entwickelt werden müsse, in dem mit den niedergelassenen Ärzten sowie den Bürgerinnen und Bürgern gesprochen werde. Der Norder Bürgermeister Florian Eiben sei bereit, dieses Kommunikationsformat mit zu organisieren.

Abg. Looden drückte gleichermaßen seinen Zuspruch für das Zentralklinikum aus.

Abg. Ott erklärte, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Projekt ablehne. Die gesellschaftlichen wie wirtschaftlichen Herausforderungen seien zu groß und es würden zu viele Risiken vorliegen. Er kritisierte, dass der bestehende Konsortialvertrag bislang nicht vollumfänglich gelebt worden sei. Die bestehenden Kliniken müssten in der Zeit bis zur Inbetriebnahme der Zentralklinik bestmöglich ausgestattet sein, da ansonsten die Patientinnen und Patienten nicht erneut in die Einrichtungen kommen würden. Die umliegende Konkurrenz sei nicht außer Acht zu lassen. Ein Neubau würde nicht alle Probleme lösen, zudem würden attraktive



Arbeitsbedingungen fehlen und der menschliche Faktor würde vernachlässigt werden. Die erheblichen Kosten der Errichtung und des Betriebs seien nicht final abschätzbar, wodurch die Gefahr bestünde, dass die Kommunen die finanziellen Auswirkungen tragen müssten. Abschließend erklärte **Abg. Ott**, dass keine ausreichende Kommunikation mit der Bevölkerung und der Presse vorliegen würde.

Sodann fasste der Kreistag folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Kreistag des Landkreises Aurich beschließt gem. § 34.5 des Konsortialvertrages die Fortführung des Projektes Zentralklinikum.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 47 Nein-Stimmen: 4 Enthaltungen: 1
➔ **mehrheitlich beschlossen**

TOP 8 **Einrichtung einer interfraktionellen Arbeitsgruppe zum Thema Extremismus**
Vorlage: X/2024/107

Abg. Forster begrüßte es, dass der Beschluss zur Einrichtung einer interfraktionellen Arbeitsgruppe zum Thema Extremismus nunmehr gefasst werden könne. Er erinnerte an die Demos der vergangenen Monate, bei denen viele Menschen gegen Rechtsextremismus auf die Straße gegangen seien. Besorgt äußerte sich **Abg. Forster** zudem über die Wahlergebnisse der Europawahl und den Stimmenzuwachs der AfD. Er gab an, dass das Spektrum des Extremismus zu groß sei für die Arbeitsgruppe und daher der Fokus auf den Rechtsextremismus gelegt werden solle. Besonders mit den AfD-Wählern sollte das Gespräch gesucht werden. Zudem solle über die Geschichte Deutschlands aufgeklärt werden.

Abg. Tammen beklagte, dass der Start der Arbeitsgruppe lang und holprig gewesen sei. Zudem merkte er an, dass alle Formen des Extremismus beleuchtet werden sollten. Die CDU/FDP-Gruppe unterstütze die Einrichtung der Arbeitsgruppe, fordere aber einen offenen Diskussionsbereich ohne Einschränkungen.

Abg. M. Trauernicht gab an, dass die Fraktion Freie Wählergemeinschaft keine Einwände gegen die Einrichtung der interfraktionellen Arbeitsgemeinschaft hätte, es jedoch nicht erkennbar sei, wie der Posten eines ehrenamtlichen Extremismusbeauftragten besetzt werden solle und welche Aufgaben dieser hätte.

Abg. Forster erklärte, dass dies in der Arbeitsgruppe thematisiert werden müsse.

Abg. Altmann kritisierte die Gleichstellung von Links- und Rechtsextremismus. Dies stelle eine Verharmlosung der derzeitigen gesellschaftlichen Entwicklung dar. Die Arbeitsgruppe solle ihren Fokus auf die kommunale Ebene konzentrieren. Zudem erfragte sie hinsichtlich dessen, dass aktuell rechtsradikale Parolen an Flüchtlingsunterkünften geschrieben wurden, ob dies ebenfalls in den

Aufgabenbereich der Arbeitsgruppe gehören würde. Insgesamt müsse die Thematik pragmatisch angegangen werden.

Erster Kreisrat Dr. Puchert sprach sich ebenfalls für eine pragmatische Herangehensweise aus. Dies könne jedoch nur funktionieren, wenn ein Grundkonsens vorliege. Solange dieser nicht bestünde, zweifle er am Erfolg der Unternehmung. Er betonte die Bedeutung des Themas.

Abg. Hilde Ubben beantragte eine Sitzungsunterbrechung nach § 9 Abs. 1 e der Geschäftsordnung des Kreistages. Der Kreistag fasste diesbezüglich folgenden Beschluss:

Die Sitzung wird unterbrochen.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 7 Nein-Stimmen: 39 Enthaltungen: 6
➔ **mehrheitlich abgelehnt**

Sodann fasste der Kreistag folgenden Beschluss:

Beschluss:

Es wird eine interfraktionelle Arbeitsgruppe zum Thema Extremismus gebildet.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 44 Nein-Stimmen: 6 Enthaltungen: 2
➔ **mehrheitlich beschlossen**

–

TOP 9 **Ubbo-Emmius-Klinik - Ostfriesisches Krankenhaus –
Vermögensverwaltung: Beratung und Beschlussfassung über den
Jahresabschluss 2023**
Vorlage: X/2024/049

Beschluss:

Der geprüfte Jahresabschluss der UEK Vermögensverwaltung wird für das Jahr 2023 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 48 Nein-Stimmen: 4 Enthaltungen: 0
➔ **mehrheitlich beschlossen**

–

TOP 10 **Pflege- und Betreuungszentren - Vermögensverwaltung- des
Landkreises Aurich; Beratung und Beschlussfassung über den
Jahresabschluss 2023**
Vorlage: X/2024/103

Beschluss:



Die Bilanz der Pflege- und Betreuungszentren - Vermögensverwaltung - des Landkreises Aurich zum 31. Dezember 2023 wurde in Aktiva und Passiva abgeschlossen mit 20.615.482,53 € und für die "Frerich-Arends-Stiftung" mit 843.899,35 €.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 42 Nein-Stimmen: 6 Enthaltungen: 4
➔ **mehrheitlich beschlossen**

TOP 11 **Zahlung Verlustausgleich Pflege- und Betreuungszentren GmbH**
Vorlage: X/2024/091

Abg. van Gerpen erklärte die Unterstützung der SPD-Fraktion unter der Voraussetzung, dass bei der nächsten Sitzung des Beirates der PBZ eine umfangreiche Auflistung aller Einrichtungskosten vorgelegt werden würde.

Abg. Bargmann stellte fest, dass es hierbei um den Verlustausgleich der Pflege- und Betreuungszentren GmbH ginge und nicht um die Feststellung von Fehlern. Er erklärte die Unterstützung der CDU/FDP-Gruppe.

Abg. Ott beklagte, dass über die Vorlage im zuständigen Beirat zuvor nicht abgestimmt worden sei. Er erkundigte sich, ob die Einrichtung einen Schaden erleide, wenn die Abstimmung vertagt werden würde.

Erster Kreisrat Dr. Puchert führte aus, dass die Kostenstellen unterjährig geprüft werden würden und die Forderung von Abg. van Gerpen umsetzbar sei. Der Verlustausgleich durch den Landkreis sei bereits in die Liquiditätsplanung eingeflossen. Zur Sicherung der Einrichtung sei es sehr sinnvoll, die Mittel zum jetzigen Zeitpunkt zur Verfügung zu stellen.

Abg. Meyerholz widersprach und erklärte, dass der Ausgleich lediglich später geschehe und die Pflegeheime somit nicht Konkurs gehen könnten. Zudem merkte er an, dass er schon seit Jahren fordere, die Verluste detailliert aufzuzeigen. Er warf den Verantwortlichen vor, die Aufsichtspflicht verletzt zu haben.

Abg. Altmann merkte an, dass Erster Kreisrat Dr. Puchert bei der Feststellung der Tagesordnung bereits angegeben hätte, dass es berechtigt sei, diesen Tagesordnungspunkt zu einem späteren Zeitpunkt zu beschließen. Nur weil es sinnvoll sei, sei es nicht auch notwendig. Sie wiederholte anschließend die Frage von Abg. Ott.

Erster Kreisrat Dr. Puchert kritisierte die Unterstellung von Abg. Altmann und wies diese von sich. Es sei lediglich übersehen worden, den Tagesordnungspunkt im Beirat PBZ zu beraten. Insgesamt sei ein Verlustausgleich gängig. Er merkte an, dass es ein bedenkliches Signal sei, sich in formellen Fragen zu verlieren.

Landrat Meinen erklärte abschließend, dass er die Diskussion nicht nachvollziehen könne. In der Agenda stehe die Überweisung an eine Tochtergesellschaft, an welcher der Landkreis Aurich zu 100 % beteiligt sei.



Sodann fasste der Kreistag folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Jahresverlust 2023 der Pflege- und Betreuungszentren GmbH Helenenstift und Johann-Christian-Reil-Haus wird in Höhe von 545.955,00 € durch den Landkreis Aurich ausgeglichen.

Den Mitgliedern des Beirates der PBZ wird eine umfangreiche Auflistung aller Einrichtungskosten vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 41 Nein-Stimmen: 10 Enthaltungen: 1
➔ **mehrheitlich beschlossen**

TOP 12 Ubbo-Emmius-Klinik - Ostfriesisches Krankenhaus -
Vermögensverwaltung: Beratung und Beschlussfassung zur
Änderung des Wirtschaftsplans 2024
Vorlage: X/2024/104

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan der UEK-Vermögensverwaltung für das Haushaltsjahr 2024 wird im Vermögens- und Investitionsplan um die Summe 1.620.000,- € erhöht und mit Einnahmen in Höhe von 7.165.000,00 € und Ausgaben in Höhe von 7.165.000,00 € festgesetzt. Die Erhöhung dient der Erweiterung der Strahlentherapie im Landkreis Aurich, um den steigenden Bedarf an onkologischer Behandlung zu decken.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 50 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 13 2. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024
Vorlage: X/2024/099

Beschluss:

Die 2. Nachtragshaushaltssatzung des Landkreises Aurich für das Haushaltsjahr 2024 wird beschlossen. Der Stellenplan bleibt unverändert.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 50 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**



TOP 14 **Verkauf der Stammanteile an der Ostfriesland Tourismus GmbH (OTG) der Stadt Wilhelmshaven an die verbleibenden Gesellschafter der OTG**
Vorlage: X/2024/094

Beschluss:

Vorbehaltlich der Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung der OTG am 25.06.2024 wird seitens des Landkreises Aurich eine Aufstockung der Geschäftsanteile um 1.000,00 Euro und damit der Erhöhung des Stammkapitals auf 7.000 Euro zugestimmt.

Die Vertretung des Landkreises Aurich im Unternehmen wird ermächtigt, dieser Aufstockung und der sich hierdurch ergebenden Änderung des Stimmrechtes sowie kleinerer redaktioneller Änderungen im Gesellschaftervertrag zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 50 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 15 **Verkauf der Liegenschaft des Eigenbetriebes KVHS Aurich-Norden „Zum Galgentief 9, 26506 Norden“**
Vorlage: X/2024/101

Beschluss:

Es wird beschlossen, den Verkauf der Liegenschaft „Zum Galgentief 9, 26506 Norden“ des Eigenbetriebs KVHS Aurich-Norden vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 49 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 16 **Jahresabschluss 2022 des Eigenbetriebes Kreisvolkshochschule Aurich-Norden**
Vorlage: X/2024/100

Beschluss:

Der Jahresabschluss 2022 der Kreisvolkshochschulen Aurich-Norden wird festgestellt. Die Bilanz zum 31.12.2022 schließt auf der Aktivseite und Passivseite mit 18.934.701,29 € ausgeglichen ab. Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Bilanzgewinn in Höhe von 177.648,28 € ab.

Dem Landrat und der Betriebsleitung wird gemäß § 35 Eigenbetriebsverordnung für die Kreisvolkshochschulen Aurich-Norden für das Jahr 2022 Entlastung erteilt.



Der Bilanzgewinn in Höhe von 177.648,28 € wird in Höhe von 170.000,-- € den Rücklagen zugeführt und in Höhe von 7.648,28 € auf neue Rechnung vorgetragen.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 49 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 17 **Schulentwicklungsplanung für den Landkreis Aurich**
Vorlage: X/2024/026

Abg. Bathmann gab einen Exkurs über die Entwicklung der Bildungspolitik der letzten 80 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland und im Landkreis Aurich. Er führte weiter aus, dass die Schulträger heute gut auf die Veränderungen der Neuzeit reagiert hätten. Die Abiturquote sei von 2014 bis 2024 von 27 % auf 32 % angestiegen. Zuletzt stellte er die Ergebnisse des Gutachtens zur Schulsituation im Kreisgebiet vor, wonach die Situation im Landkreis Aurich insgesamt sehr gut sei. Der vorliegende Plan würde eine maximale Kommunikation aller Schulträger verlangen. Grundsätzlich sei eine Zusammenarbeit zum Wohle der Schülerinnen und Schüler notwendig. Alle Schulträger sollten der Planung zustimmen.

Abg. Heinrich Ubben erläuterte, dass es sich nicht um eine Schulentwicklungsplanung, sondern um eine Bestandserhebung und Handlungsempfehlung handeln würde.

Abg. Odens erklärte, dass die Ergebnisse der letzten Schulentwicklungsplanung bestätigt werden konnten, Nachsteuerungen jedoch erforderlich seien. Seine Gruppe stimme dem Auftrag an die Verwaltung zu.

Sodann fasste der Kreistag folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der 1. Teil des Schulgutachtens der Firma biregio (Allgemeinbildende Schulen) wird als Schulentwicklungsplan für den Landkreis Aurich mit den nachfolgenden Handlungsempfehlungen zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird beauftragt, die Handlungsempfehlungen mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden zu erörtern und daraus weitere Maßnahmen abzuleiten.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 45 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 18 **Beschluss über die Neufassung der Satzung zur Kindertagespflege**
gem. § 23 und 24 SGB VIII
Vorlage: X/2024/083

Abg. de Vries brachte vor, dass die Neufassung der Satzung zur Kindertagespflege schon lange Thema sei und nunmehr etwas Gutes entstehe. Der Prozess sei durch die Verwaltung und das Personal der Kindertagespflege erfolgreich begleitet worden. Abschließend erwähnte er, dass dieser Schritt ein wichtiger Baustein für die Kindertagespflege im Landkreis Aurich sei.

Abg. Fohrden lobte ebenfalls die Zusammenarbeit mit dem Tagespflegepersonal. Insgesamt seien alle zufrieden und auch wenn die Entscheidung Auswirkungen auf den Haushalt des Landkreises hätte, sei dies für eine gute Sache.

Sodann fasste der Kreistag folgenden Beschluss:

Beschluss:

Die Neufassung der Satzung zur Kindertagespflege gem. §§ 23 und 24 SGB VIII wird zum 01.09.2024 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 45 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
⇒ **einstimmig beschlossen**

—

TOP 19 **Beschluss über die Neufassung der Satzung über die Erhebung von
Betreuungsentgelten in der Kindertagespflege**
Vorlage: X/2024/084

Abg. Kleen beschrieb das Ziel, eine einheitliche Gebührenstaffelung bei gleicher Qualität im Landkreis Aurich zu etablieren. Er griff die Kritik aus der Einwohnerfragestunde auf und erklärte, dass es viele Termine zur Besprechung gegeben hätte. In manchen kreisangehörigen Kommunen würden die Gebühren steigen, dies sei oftmals darauf zurückzuführen, dass einige seit vielen Jahren die Gebühren nicht angehoben hätten oder keine Sozialstaffelung vorliegen würde. Weiter führte er aus, dass sich die Gremien der kreisangehörigen Kommune im eigenen Zuständigkeitsbereich ebenfalls mit der Thematik befassen müssten und, dass die Zusammenarbeit mit den Hauptverwaltungsbeamtinnen und Hauptverwaltungsbeamten wichtig gewesen sei.

Abg. Heinrich Ubben stellte einen Änderungsantrag, der das Inkrafttreten der Satzung nicht wie angedacht zum 1. August 2024, sondern zum 1. Januar 2025 zum Inhalt hatte. Er erklärte, dass er den Beschluss nicht per se ablehne, aber eine derart kurzfristige Änderung sei für viele Eltern unverständlich.

Abg. Altmann drückte ebenfalls ihre grundsätzliche Unterstützung für das Vorhaben aus. Sie kritisierte dennoch, dass die Kommunikation mit den betroffenen Eltern fehle. Die Informationsmöglichkeit, die **Erster Kreisrat Dr. Puchert** anbot, begrüßte sie. Die Reihenfolge sei jedoch verkehrt, da zuerst mit den Eltern gesprochen werden müsse, bevor der Beschluss gefasst werde. Das Werk sei zwar umfangreich erarbeitet worden, jedoch den Betroffenen nicht vermittelbar. Sie sprach sich im Rahmen eines Änderungsantrags für eine Verschiebung der Beschlussfassung aus.



Abg. Fohrden führte aus, dass es bereits eine Kita-Vereinbarung mit den kreisangehörigen Kommunen gebe. Den Kommunen sei somit bekannt gewesen, dass eine angepasste Gebührensatzung erarbeitet werde. Wichtig sei, dass es keine Gebührenungerechtigkeit gäbe. Als Beispiel führte er an, dass sich Eltern sonst bei Umzügen innerhalb des Landkreises um die Gebührenhöhe Gedanken machen müssten. So hätte die Gemeinde Großefehn z. B. seit Jahren eine Stufenregelung, die in anderen Kommunen nicht vorliegen würde. Auch wenn die Kommunen nicht vollumfänglich zufrieden seien, bestünde grundsätzlich Einigkeit.

Landrat Meinen äußerte Unverständnis über die Argumentation von Abg. Altmann. Der Vorschlag des Ersten Kreisrates Dr. Puchert hätte mit der hier zur Beschlussfassung stehenden Neufassung der Satzung über die Erhebung von Betreuungsentgelten in der Kindertagespflege nichts zu tun. Es sei angeboten worden, die Hintergründe zum Zustandekommen der neuen Satzung zu erläutern, nicht um diese weiter zu diskutieren.

Abg. Altmann kritisierte erneut, dass das Gesprächsangebot zu einem früheren Zeitpunkt hätte erfolgen müssen, da Änderungen nach der Beschlussfassung nicht mehr möglich seien.

Sodann fasste der Kreistag folgende Beschluss hinsichtlich des Änderungsantrages von Abg. Altmann:

Die Beschlussfassung hinsichtlich der Neufassung der Satzung über die Erhebung von Betreuungsentgelten in der Kindertagespflege wird verschoben.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 36 Enthaltungen: 0
➡ **mehrheitlich abgelehnt**

Sodann fasste der Kreistag folgende Beschluss hinsichtlich des Änderungsantrages von Abg. Heinrich Ubben:

Die Neufassung der Satzung über die Erhebung von Betreuungsentgelten in der Kindertagespflege tritt nicht zum 1. August 2024, sondern zum 1. Januar 2025 in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 5 Nein-Stimmen: 36 Enthaltungen: 4
➡ **mehrheitlich abgelehnt**

Sodann fasste der Kreistag folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Kreistag des Landkreises Aurich beschließt die Einführung der Satzung zur Erhebung von Betreuungsentgelten in Kindertageseinrichtungen sowie in der Kindertagespflege im Landkreis Aurich zum 01.08.2024.

Abstimmungsergebnis:

⇨
➡



Ja-Stimmen: 36 Nein-Stimmen: 7 Enthaltungen: 2

mehrheitlich beschlossen

TOP 20 Mittel zur Förderung des Katastrophenschutzes bei den Hilfsorganisationen
Vorlage: X/2024/056

Die Sitzung wurde von 17:55 Uhr bis 18:04 Uhr unterbrochen.

Abg. Krüger äußerte sich erfreut darüber, dass zukünftig mehr finanzielle Mittel zur Förderung des Katastrophenschutzes bei den Hilfsorganisationen zur Verfügung stünden.

Beschluss:

Der jährliche Förderungsbetrag von 40.000 Euro für die Hilfsorganisationen im Katastrophenschutz wird um 20.000 Euro erhöht.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 39 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 21 Schulbegleitung im Landkreis Aurich; Verstetigung des Pool- bzw. Budgetmodell
Vorlage: X/2024/076

Die Tagesordnungspunkte 21 und 22 wurden zusammen beraten.

Abg. Hinrich Ubben erläuterte den Antrag der Fraktion Freie Wählergemeinschaft im Landkreis Aurich.

Abg. Tammen erklärte seine Unterstützung. Dennoch sehe er den Anstieg der Kosten kritisch. Der tatsächliche Bedarf solle ständig geprüft werden.

Abg. Bathmann verkündete ebenfalls seine Unterstützung.

Sodann fasste der Kreistag folgenden Beschluss zur Beschlussvorlage der Verwaltung:

Beschluss:

Das zum Schuljahr 2018/2019 eingeführte Pool- bzw. Budgetmodell der Schulbegleitung im Landkreis Aurich wird mit Wirkung zum 01.09.2024 verstetigt. Die Verwaltung wird damit beauftragt, das Poolmodell entsprechend der gesetzlichen Veränderungen und der schulischen sowie gesellschaftlichen Notwendigkeiten stetig weiterzuentwickeln. Das Poolmodell soll bei Bedarf prozessbegleitend durch einen Dritten unterstützt werden.

Abstimmungsergebnis:

⇒
➔



Ja-Stimmen: 39 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

einstimmig beschlossen

TOP 22 **Antrag der FW im Landkreis Aurich - Fortführung des Poolmodells Schulbegleitung**
Vorlage: X-AF/2024/019

Die Tagesordnungspunkte 21 und 22 wurden zusammen beraten.

TOP 23 **Allgemeine Vorschrift im Sinne von Art. 3 Abs. 2 der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Landkreises Aurich über die Festsetzung des Deutschlandtickets als Höchsttarif im öffentlichen Personennahverkehr ab dem 01.07.2024**
Vorlage: X/2024/108

Beschluss:

Die Satzung „Allgemeine Vorschrift im Sinne von Art. 3 Abs. 2 der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Landkreises Aurich über die Festsetzung des Deutschlandtickets als Höchsttarif im öffentlichen Personennahverkehr“ vom 08.12.2023 in der geänderten Fassung vom 17.06.2024 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 39 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 24 **Festsetzung des Nachfolgebauprogramms für Radwege an Kreisstraßen**
Vorlage: X/2024/073

Abg. Kleen lobte das Projekt und sprach von einer Erfolgsstory. Er selbst habe das Programm seinerzeit mit ins Leben gerufen. Der Beschluss knüpfe direkt an das „100 km Bauprogramm“ an und erweitere es auf 140 km Radwege. Der Kriterienkatalog zur Priorisierung der Maßnahmen sei zudem gut geregelt worden.

Abg. Wienbecker pflichtete Abg. Kleen bei. Zudem hob er hervor, dass es die richtige Entscheidung gewesen sei, das Windhundprinzip abzuschaffen und gegen eine Priorisierungsreihenfolge zu ersetzen.

Abg. Wittmer-Kruse unterstützte das Projekt ebenfalls. Weiterhin ergänzte er, dass es ohne Radwege keine Verkehrswende geben könne. Daher müsse das Radwegenetz auch in Zukunft weiter ausgebaut und instandgehalten werden.

Sodann fasste der Kreistag folgenden Beschluss:



Beschluss:

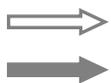
Die Verwaltung wird beauftragt, das folgende Bauprogramm für Radwege an Kreisstraßen durch Planung und Bau umzusetzen. Dieses Bauprogramm schließt sich direkt an die verbliebenen Maßnahmen aus dem bestehenden „100 km Bauprogramm“ an. Zunächst sollen die Maßnahmen der Priorität 1 – 8 (19,071 km) umgesetzt werden.

Priorisierung	Kreisstraße	Gemeinde	Länge (km)	Gesamtpunkte
1	K 116	B72 – K117, Kirchwyk/Oldeborger Straße	1,860	200,62
2	K 210	K243, Reidump – Accumer Riege	1,231	194,66
3	K 221	B72 – L4, Woldeweg	3,470	192,68
4	K 231	L 4 – Visquard, Dykhauser Straße	1,720	181,10
5	K 235	Kreisverkehr – Woltzeten, Woltzetenener Str. / An der Kreisstraße	2,150	180,11
6	K 137	Kreisgrenze – Mittelhaus, Emders Straße	3,777	177,53
7	K 106	B72 – K101, Im Unterende Nord	1,960	172,61
8	K 214	L27 – Deichstraße, Ziegeleistraße	2,903	167,04
SUMME (km)			19,071	

Bei angemessenem Fortschritt in der Umsetzung dieser 8 Vorhaben soll eine erneute Priorisierung der verbliebenen Maßnahmen der Priorität 9 - 19, (39,335 km) durchgeführt werden, um aktuelle Veränderungen der örtlichen und verkehrlichen Umstände berücksichtigen zu können.

Priorisierung	Kreisstraße	Gemeinde	Länge (km)	Gesamtpunkte
9	K 144 / K 149	K111 – K 104, Schirumerfeld, Zum Schirumer Leegmoor, Am Tief, Ostende	4,813	159,44
10	K 223 II (L4-L27)	L4 – L 27, Störtebeker Straße	5,110	156,69
11	K 134	K101 – K 102, Boßelstraße	4,510	156,23
12	K 150	Bentstreeker Straße	4,480	155,15
13	K 208	L6 – K203, Südarler Landstraße	4,120	151,83
14	K 136	K103 – K105, Moorlager Straße/Brückstraße	1,870	143,30
15	K 223 I (L26-L4)	L26 – L 4, Schoonorthers Kreisstraße	4,380	143,28
16	K 244	K210 – Kreisgrenze, Zur Haltestelle	2,507	142,53
17	K 143	Ringkanal – B72, Heuweg	2,210	139,23
18	K 103	Hooge Weg – Reithstraße, Oldendorfer Straße	2,285	135,81
19	K 111	Simonswolde – Kreisgrenze, Oldersumer Straße	3,050	135,46
SUMME (km)			39,335	

Abstimmungsergebnis:



Ja-Stimmen: 39 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

einstimmig beschlossen

TOP 25 **Stipendienprogramm für Medizinstudierende: Beratung und Beschlussfassung über die Erweiterung der Förderung für Medizinstudierende im praktischen Jahr Allgemeinmedizin**
Vorlage: X/2024/048

Beschluss:

Die Erweiterung des Stipendienprogramms für Medizinstudierende im praktischen Jahr Allgemeinmedizin und Öffentlicher Gesundheitsdienst wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 39 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 26 **Antrag der Fraktion FW im Landkreis Aurich vom 13.03.2024; Benennung eines weiteren hinzugewählten Mitgliedes mit beratender Stimme im Ausschuss**
Vorlage: X-AF/2024/017

Der Antrag wurde seitens der Fraktion zurückgezogen.

TOP 27 **Antrag der Freien Wähler vom 19.03.2024: Starker Anstieg der Straftaten an Schulen – Welche Erkenntnisse liegen für den Landkreis Aurich vor?**
Vorlage: X-AF/2024/023

Der Antrag wurde seitens der Fraktion zurückgezogen.

TOP 28 **Appell der SPD-Fraktion vom 03.06.2024; Situation der Rettungssanitäter**
Vorlage: X-AF/2024/026

Abg. Kleen erläuterte den Antrag der SPD-Fraktion.

Landrat Meinen erklärte, seit dem Jahr 2011 würden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Anlehnung an den TVöD bezahlt. Dies sei auch in den jeweiligen Arbeitsverträgen so festgehalten. Bezüglich des Rettungsdienstes sei man jedoch nicht Mitglied im Kommunalen Arbeitgeberverband. Inhaltlich könne er den Appell vollständig mittragen, werde jedoch an der Abstimmung darüber nicht teilnehmen. Weiter erklärte **Landrat Meinen**, dass er als Leiter der Kreisverwaltung und somit auch des Rettungsdienstes nicht bei der Beschlussfassung mitwirken werde.

Beschluss:

Der Kreistag des Landkreises Aurich fordert die Vereinigung der Kommunalen Arbeitgebervertreter (VKA) in Form eines Appells auf, in den laufenden Tarifverhandlungen die durchschnittliche Wochenarbeitszeit im kommunalen Rettungsdienst von derzeit 48 auf 42 Stunden zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 36 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 1
➔ **einstimmig beschlossen**

(Die Abstimmung erfolgte ohne die Beteiligung von Landrat Meinen)

TOP 29 **Beschaffung von Wildkameras zum Monitoring bei Wolfsrissen und verstärkte Unterstützung der Betroffenen; Antrag der Fraktion FW im Landkreis Aurich vom 31.05.2024**
Vorlage: X-AF/2024/022

Abg. Krüger erläuterte den Antrag der Fraktion Freie Wählergemeinschaft im Landkreis Aurich und beantragte den Verweis in den zuständigen Fachausschuss.

Landrat Meinen berichtete von 42 dokumentierten Rissgeschehen im Landkreis Aurich, wovon 18 Mal der Wolf als Verursacher nachgewiesen worden sei. Zudem übte er Kritik gegenüber dem Niedersächsischen Umweltministerium und dem Wolfsbüro des Landes. Anträge auf Abschüsse von Wölfen seien trotz wiederholter Anfragen nicht beantwortet worden. Daneben seien die Anforderungen des Verwaltungsgerichts für ein Schnellabschussverfahren kaum erfüllbar. Weiter werde auf einen Entwurf einer Wolfsverordnung des Landes gewartet. **Landrat Meinen** forderte zudem die Einführung eines Wolfsmanagements.

Abg. Wittmer-Kruse drückte seine Unterstützung für den Antrag aus und schlug vor, diesen nicht erst in den Fachausschuss zu verweisen, sondern umgehend zur Beschlussfassung zu bringen.

Abg. Odens merkte an, dass sich nur mit Wildkameras keine Probleme lösen ließen. Als Jäger und Landwirt spräche er aus Erfahrung.

Abg. Altmann beantragte eine Abstimmung dahingehend, ob eine sofortige inhaltliche Abstimmung über den Antrag vollzogen würde oder bei Ablehnung der Verweis in den zuständigen Fachausschuss erfolge.

Sodann fasste der Kreistag folgenden Beschluss:

Es erfolgt eine sofortige inhaltliche Abstimmung über den Antrag. Bei Ablehnung wird dieser zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Raumordnung, Umwelt und Klimaschutz verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

⇒
➔



Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 26 Enthaltungen: 2

mehrheitlich abgelehnt

TOP 30 **Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.06.2024;**
Öffentliche Debatte zur Schließung des Heimathafens
Vorlage: X-AF/2024/024

Abg. Ott erläuterte den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und richtete die im Antrag verfassten Fragen an die Verwaltung.

Erster Kreisrat Dr. Puchert ging auf die gestellten Fragen ein. So berichtete er u. a., dass in den letzten Jahren Fördermittel in Höhe von 59.000 Euro in das Café & Bistro Heimathafen in Hage geflossen seien. Alternativmodelle und Maßnahmen zur Vermeidung der Schließung seien umfangreich geprüft worden. Die Betroffene seien frühzeitig informiert und mit den Mitarbeitenden seien Gespräche geführt worden. Zudem sei der Betriebsrat umgehend beteiligt worden. Abschließend erfragte **Erster Kreisrat Dr. Puchert**, ob es richtig sei, dass der Antrag auf die nunmehr erfolgte öffentliche Debatte abziele und weiter über die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zu beschließen sei.

Abg. Ott bejahte dies.

Abg. Wimberg kritisierte, dass die Debatte zu spät käme. Die Schließung sei bereits seit einem halben Jahr thematisiert worden. Der Schwerpunkt der Einrichtung sei der gastronomische Betrieb gewesen, der maßgeblich für das Defizit verantwortlich gewesen sei. Zudem würden die Paddelstation und die Werkstatt erhalten bleiben.

Abg. Bargmann schloss sich den Aussagen von Abg. Wimberg an. Insgesamt sei die Schließung umfangreich im Beirat beraten und einstimmig beschlossen worden. Es würden keine alternativen Möglichkeiten zur Schließung des Cafés und Bistros vorliegen. Ferner gab er zu bedenken, dass durch die vorliegende Diskussion einem Personenkreis Hoffnung gemacht werden würde, obwohl diese nicht erfüllt werden könne.

Abg. Altmann bemängelte, dass die Versäumnisse bereits lange bekannt gewesen seien und nicht die nötigen Maßnahmen ergriffen worden seien. Zudem sei ein Gutachten, das seit 2022 vorläge, dem Kreistag nicht vorgelegt worden.

Abg. Meyerholz gab anschließend eine persönliche Erklärung ab. Die Vorwürfe seien nicht berechtigt, da der Verlust bereits seit 2018 bekannt sei. Die Schließung sei zu diesem Zeitpunkt nicht mehr rückgängig zu machen.

Sodann fasste der Kreistag folgenden Beschluss:

Beschluss:

Es wird eine Arbeitsgruppe Heimathafen eingerichtet, die Möglichkeiten einer tragfähigen und dauerhaften Struktur erarbeitet.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 5 Nein-Stimmen: 27 Enthaltungen: 0

➔ **mehrheitlich abgelehnt**

TOP 31 Gleichstellungsplan 2024 - 2026
Vorlage: X-MV/2024/021

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 32 Prolongation eines Kommunalkredites bei der KfW Bankengruppe
i. H. v. ursprünglich 4.285.450,00 Euro
Vorlage: X-MV/2024/012

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 33 Anschlussfinanzierung für einen Kommunalkredit des Landkreises
Aurich i. H. v. ursprünglich 2.556.459,41 €
Vorlage: X-MV/2024/013

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 34 Aufnahme eines Kommunalkredits für den Landkreis Aurich i. H. v.
17.360.000 €
Vorlage: X-MV/2024/014

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 35 Anschlussfinanzierung für einen Kommunalkredit des Landkreises
Aurich i. H. v. ursprünglich 6.000.000 €
Vorlage: X-MV/2024/015

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 36 Aufnahme eines Kommunalkredits i. H. v. 6.479.000 € für den
Eigenbetrieb Breitbandnetz Landkreis Aurich
Vorlage: X-MV/2024/016

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.



-
- TOP 37 **Prolongation eines Kommunalkredits für den Eigenbetrieb
„Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Aurich“ i. H. v. ursprünglich
875.000 €
Vorlage: X-MV/2024/018**

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

-
- TOP 38 **Bekanntgabe von Eilentscheidungen im Kreistag am 17.06.2024
Vorlage: X-Eil/2024/006**

Abg. Meyerholz fragte, weshalb erst ein Jahr nach dem Schadenseintritt die Eilentscheidung getroffen wurde.

Landrat Meinen sicherte die Beantwortung über die Niederschrift zu.

Antwort des Technischen Gebäudemanagements des Landkreises Aurich:

Am 1. August 2023 ist im NW-(Naturwissenschaftlichen)Trakt der IGS Aurich ein massiver Wasserschaden entstanden. Bei der Dachsanierung war gerade mit Entfernung des alten Gründachbelages begonnen worden, als infolge von Starkregenfällen die bereits stark verwitterte alte Unterkonstruktion des Daches den Regenmassen nicht mehr standhalten konnte. Zuerst konnten Mittel aus der Investiv-Nr. I23-22-017 Renovierung NW4B inkl. Modernisierung für die entstandenen Kosten genutzt werden. Nachdem diese Mittel aufgebraucht waren, bestand erst die Notwendigkeit einer überplanmäßigen Auszahlung.

Die Eilentscheidung wird zur Kenntnis genommen.

-
- TOP 39 **Bericht des Landrates**

-
- TOP 39.1 **Austritt Abg. Bents aus Fraktion**

Landrat Meinen gab bekannt, dass Abg. Bents schriftlich mitgeteilt habe, dass er aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ausgetreten sei.

-
- TOP 40 **Verschiedenes, Wünsche und Anregungen**

-
- TOP 40.1 **Soziale Ausgaben**

Abg. Wienbeuker erläuterte, dass die sozialen Ausgaben stetig weiter steigen würden. Das Problem müsse an der Wurzel gepackt werden. Besonders bei Kindern solle auf Prävention gesetzt werden und nicht erst gehandelt werden, wenn es zu spät sei.

–

TOP 40.2 Buch über die Corona-Zeit

Abg. Altmann erkundigte sich über den Bearbeitungsstand des „Corona-Buches“ und welcher Inhalt genau geplant sei.

Landrat Meinen erklärte, dass das Buch eine umfassende inhaltliche Beschreibung und Aufarbeitung, aber auch kritische Einschätzung der Pandemie abbilden solle. Das „Corona-Buch“ solle als zeitgeschichtliches Dokument auch zukünftigen Generationen helfen. Geplant sei es, das Buch noch dieses Jahr zu veröffentlichen. Das Manuskript sei bereits gefertigt worden. Das Budget liege insgesamt bei 12.000 Euro.

–

TOP 41 Einwohnerfragestunde

–

TOP 41.1 Umgang mit dem Wolf

Eine Einwohnerin aus Großheide äußerte ihr Unverständnis beim Umgang mit den Wölfen. Das Wolfsmonitoring sei nicht ausgereift und weitere Möglichkeiten müssten ausgebaut werden. Sie dankte Landrat Meinen für seine klaren Worte.

–

TOP 42 Schließung der öffentlichen Sitzung

Vorsitzender Behrends schloss um 19:03 Uhr die öffentliche Sitzung.

gez. Meinen

Landrat

gez. Behrends

Vorsitzender

gez. Wessels

Protokollführerin